

Systematische Aufarbeitung und dauerhafte Darstellung des NS-Unrechts an homosexuellen Menschen

M. 8. 16
Schwulst
Sommer 2010

– wie lange noch eine Fehlanzeige in Baden-Württemberg?

Die sehr gut besuchte Eröffnungsveranstaltung zur Ausstellung „Ausgrenzung aus der Volksgemeinschaft – Homosexuellenverfolgung in der NS-Zeit“ im Stuttgarter Rathaus am 21. April hat gezeigt, dass es ein großes Interesse an der Aufarbeitung des NS-Terrors gegen Homosexuelle und seine Folgen über 1945 hinaus in unserer Region gibt.



auf, welche Rolle das Land Baden-Württemberg bei der Aufarbeitung und Darstellung diesen Teils des NS-Unrechts in unserer Region bislang gespielt hat und heute spielen sollte.

„Nach unserem Kenntnisstand hat das Land Baden-Württemberg bis jetzt nichts für die historische Forschung und Aufarbeitung der Homosexuellenverfolgung während der Nazizeit getan. 65 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus gibt es in Baden-Württemberg keine einzige Gedenk- und Dokumentationstätte, die die NS-Verfolgung der Homosexuellen neben den anderen Opfergruppen dokumentiert und darstellt. Dies halten wir für nicht länger hinnehmbar. Wir sehen diesbezüglich einen Handlungsbedarf seitens der Landesregierung und des Landtages.“ - heißt es in einem Schreiben an die Fraktionen des Landtages von Vertreter der IG CSD e. V., Schwulst e. V. und der Weissenburg e. V.

Auf ehrenamtlicher Grundlage und mit Unterstützung der Stuttgarter Stolpersteininitiative und des Stadtarchivs hatte der Weissenburg e. V. in Kooperation mit Schwulst e. V. zum NS-Unrecht an homosexuellen Menschen in unserer Region recherchierte Informationen in einem Schwulst-Sonderheft veröffentlicht, wozu es erfreulicherweise viele positive und anerkennende Rückmeldungen gab. Diese Initiative warf aber auch die Frage



Den Fraktionen wurden folgende zwei Fragen gestellt:

1. Bis heute gibt es in Baden-Württemberg keinen Ort der Information und des Gedenkens für die homosexuellen Opfer von Verfolgung, Demütigung und Ausgrenzung während der Nazizeit und der Zeit bis zur Änderung des § 175 StGB im Jahr 1969. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in einer Dauerausstellung die Verfolgung Homosexueller in Baden-Württemberg – gleichberechtigt



Brigitte Lösch, Sozialpolitische Sprecherin der Grünen Fraktion im Landtag von BaWü

1. Dieses Anliegen wird von uns voll geteilt und unterstützt. Wir haben ganz aktuell Ende Mai die Landesregierung dazu aufgefordert, das ehemalige Hotel Silber zu einem landesweit zentralen Denk- und Lernort auszugestalten. Dort soll u. a. dauerhaft an die Verfolgung von homosexuellen Menschen in der NS-Zeit erinnert werden.

2. Auch wir sind der Auffassung, dass das ehemalige Gestapo-Gebäude in der Dorotheenstraße eine landesweite zentrale Bedeutung hat und deshalb der geeignete Ort für einen landesweit zentralen Gedenk- und Lernort ist. Insbesondere auch, dass damit eine systematische Aufarbeitung und dauerhafte Darstellung des NS-Unrechts an homosexuellen Menschen eingerichtet werden kann. 65 Jahre nach Kriegsende ist es höchste Zeit, eine Gedenkstätte für alle Opfergruppen und Widerstandskämpfer zu schaffen.

Claus Schmiedel, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag von BaWü

1. Homosexuelle Frauen und durch den Rosa Winkel gezeichnete homosexuelle Männer lebten während der NS-Zeit in Angst und Schrecken und wurden zu Tausenden in Konzentrationslagern umgebracht. Auch aktive Sozialdemokratinnen und –demokraten wurden während der Nazizeit verfolgt, inhaftiert und gefoltert. Deshalb fühlen wir uns in besonderer Weise mit ihnen verbunden. Das gilt genauso etwa für die weiteren Opfergruppen und ganz besonders für die Juden. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Gedenkstättenarbeit in unserem Bundesland ist sicher das Gedenken an die Verfolgung der Juden und an den politischen Widerstand. An die Verfolgung homosexueller Frauen und Männer wird erst seit den 80er Jahren erinnert, was an der Schwulen- und Lesbenbewegung und deren Emanzipationserfolge liegt. Neuere Zeugnisse sind etwa der Film Paragraph 175 aus dem Jahr 2000 – die wir sehr begrüßen, da sie die Geschichte sichtbar und erlebbar machen. Die Erinnerung und das Gedenken an historisches Leid, die nachwirkende Verurteilung von Verachtung und Denunziation, von Folter und Mord, erachten wir für sehr wichtig, um aus Bewusstsein Selbstbewusstsein abzuleiten. Dort, wo Sozialdemokratinnen und –demokraten in der Landespolitik und in der Gedenkstättenarbeit Verantwortung tragen, werden wir uns deshalb für ein wirksames Erinnern auch an die Verfolgung Homosexueller während der Naziherrschaft und danach einsetzen.

2. Die Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums für Württemberg und Baden in der Landeshauptstadt Stuttgart in Verbindung mit dem „Hotel Silber“ unterstützen wir aktiv. Mit einem Beschlussantrag haben wir im März 2010 die Landesregierung dazu aufgefordert: die Einrichtung eines NS-Dokumentationszentrums im neuen Quartier am Stuttgarter Karlsplatz zu unterstützen und gemeinsam mit der Landeshauptstadt aktiv voranzutreiben; einen wissenschaftlichen Beirat zu berufen und damit zu beauftragen, zusammen mit den zuständigen Gremien von Land und Stadt, den zuständigen Institutionen sowie unter Beteiligung engagierter Bürgerinnen und Bürger ein wissenschaftlich fundiertes Konzept für ein NS-Dokumentationszentrum in Stuttgart zu erarbeiten (Anm. der Redaktion: aus Platzgründen wurde hier gekürzt, welche Eckpunkte dabei zu berücksichtigen seien).

In Anbetracht jahrhundertlanger Verfolgung und Diskriminierung, gipfelnd in der systematischen Ermordung Homosexueller in der NS-Zeit, finden wir es umso wichtiger, heute uneingeschränkt und ausdrücklich für die Gleichstellung homosexueller Menschen einzustehen und diese Haltung auch nachhaltig sowohl fachspezifisch in der Landespolitik als auch allgemein-öffentlich zu vertreten. Wir begrüßen Ihre Initiative sehr und wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg und Zuspruch. Wir werden uns im Landtag dafür einsetzen, dass die Aufarbeitung der Homosexuellenverfolgung weiter vorangeht und wollen Ihnen auch in Zukunft ein verlässlicher und solidarischer Ansprechpartner sein.

neben den anderen Opfergruppen – dargestellt und an deren Schicksale erinnert wird. Teilt Ihre Fraktion dieses Anliegen? Wenn ja, was gedenkt Ihre Fraktion für dessen Realisierung zu tun?

2. Das „Hotel Silber“, das Gebäude der ehemaligen Gestapo-Leitstelle Württemberg in der Dorotheenstraße 10, war einer der am meisten gefürchteten Folterorte in der Region und gilt als Inbegriff des NS-Terrors in Württemberg für die verschiedensten Opfergruppen. Regionale Diskriminierungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegen Homosexuelle wurden – neben der Kripoleitstelle – auch vom Hotel Silber aus organisiert und durchgeführt. Nach 1945 hat das Polizeipräsidium

Stuttgart am selben Ort seinen Sitz gefunden, das nach wie vor für die strafrechtliche Verfolgung von Männern zuständig war, die unter dem Verdacht eines Vergehens gegen den § 175 StGB standen. Nach unserer Auffassung eignet sich kein Ort besser für ein landesweites NS-Dokumentationszentrum für ausnahmslos alle Opfergruppen wie das „Hotel Silber“. Teilt Ihre Fraktion dieses Anliegen? Wenn ja, was gedenkt Ihre Fraktion für dessen Realisierung zu tun?

Schwulst dokumentiert die Antworten der Landtagsfraktionen:



Dr. Thilo Traub, Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Landtag von BaWü:

1. Die CDU-Fraktion im Landtag ist der Auffassung, dass allen Opfern des NS-Regimes in angemessener Würde gedacht und über die nationalsozialistischen Verbrechen dauerhaft informiert werden muss. Die Verfolgung homosexueller Menschen in der NS-Zeit ist ein Teil dieser Verbrechen an der Menschlichkeit. In Baden-Württemberg gibt es eine Vielzahl an Gedenkortern, Gedenkstätten und historischen Ausstellungen über die Zeit des NS-Regimes. Das Land engagiert sich zu Recht mit hohem finanziellem Aufwand für deren Erhalt. In diesem Rahmen wird bereits heute an die Opfer aus den Reihen der Homosexuellen gedacht und erinnert. In Berlin besteht seit 2008 ein

nationales Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen.

2. Im Zuge der geplanten Neugestaltung des Areals am Stuttgarter Karlsplatz werden derzeit Vorschläge zur Schaffung eines NS-Dokumentationszentrums erörtert. Der Gewinner des Architektenwettbewerbs Herr Behnisch hat dem zuständigen Technischen Ausschuss des Stuttgarter Gemeinderats bereits einen Vorschlag vorgelegt. In dieser Frage ist jedoch noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden. Dieses Verfahren sollte möglichst sachlich und mit der gebotenen Gründlichkeit behandelt werden. Die CDU-Fraktion im Landtag wird diesen offenen Prozess mit wohlwollendem Interesse und ohne Vorfestlegungen begleiten.



Heiderose Berroth, Sprecherin der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von BaWü:

1. Wir teilen Ihr Anliegen, dass in einer Gedenkstätte im Land selbstverständlich auch der wegen Homosexualität Verfolgten gedacht werden soll (wobei ich mir gar nicht vorstellen kann, dass es das nicht schon irgendwo gibt bei der reichlichen Zahl von Gedenkstätten im Land).

2. Wir halten eine Gedenkstätte auf dem Areal des früheren „Hotel Silber“ für richtig, das habe ich auch schon in mehreren Sitzungen des Finanzausschusses im Landtag so vorgebracht und dies ist inzwischen ja auch Bestandteil der

entsprechenden Ausschreibungen. Allerdings daraus ein „landesweites Dokumentationszentrum“ zu machen scheint uns eine Nummer zu groß, schließlich gibt es gleich nebenan z.B. die Stauffenberg-Gedenkstätte, auch im Haus der Geschichte ist entsprechendes Material aufbereitet und an vielen anderen Schauplätzen im Land auch, ebenso plant die Stadt Stuttgart ja an anderer Stelle noch eine stadtgeschichtliche Präsentation, die das Thema ebenfalls aufgreift. Was mir dabei wichtig ist, dass die Gedenkstätte ebenerdig zugänglich ist, so dass sie auch wirklich viele Besucher findet.

Wende zu einem sensibleren Umgang mit der NS-Opfergruppe der Homosexuellen in BaWü?

Kommentar von Ralf Bogen, Vertreter der Weissenburg e. V. in der Initiative Gedenkort „Hotel Silber“

Die Antworten von CDU und FDP sind erstaunlich, da längst aus ihren Reihen Versäumnisse in der Aufarbeitung und Darstellung des NS-Unrechts an homosexuellen Menschen in Baden-Württemberg eingeräumt worden sind. So z. B. vom jetzigen CDU-Bundestagsabgeordneten Stefan Kaufmann, einer der sich im Land zu seiner Homosexualität offen bekannt hat und der es für die jüngere Generation als wichtig ansieht, im „Hotel Silber“ aufzuzeigen, „dass Verfolgung, Diskriminierung und Verletzung der Menschenrechte während des Dritten Reiches verschiedene Bevölkerungsgruppen getroffen hat und überall stattgefunden hat – auch im Zentrum unserer Stadt“ (siehe GAB, Juliausgabe 2009, S.39). Zum generellen Umgang mit der NS-Vergangenheit in unserer Region schreibt Dr. Timo John im Mitteilungsmagazin des CDU-Kreisverbandes Stuttgart vom November 2009: „Unter Oberbürgermeister Manfred Rommel gab es in den 80er Jahren einmal einen zaghaften Versuch mit einer Ausstellungsreihe zu Stuttgarts Rolle im Dritten Reich, doch dabei blieb es bis heute. Jedes weitere Engagement zu dem Thema erfolgte meist auf Betreiben von Bürgerinitiativen und Einzelpersonen“.

Wir dürfen auf jeden Fall gespannt sein, wie die Antwort auf den Antrag der Grünen vom 27.05.2010 lautet, durch den die Landesregierung aufgefordert wird zu berichten, „wo es in Baden-Württemberg eine systematische Aufarbeitung und dauerhafte Darstellung des NS-Unrechts an homosexuellen Menschen gibt“. Glaubt die CDU ernsthaft mit dem Hinweis auf Berlin weiter darüber hinwegtäuschen zu können, dass es in

Baden-Württemberg, so weit bekannt, bislang nichts vom Land zur Aufarbeitung und Darstellung von Verfolgung, Demütigung und Ausgrenzung homosexueller Menschen gibt?

Irritationen gibt es zwar nicht zu der Antwort der Grünen. Aber in letzter Zeit waren bei ihnen zur Frage des Erhalts des Gebäudes der ehemaligen Gestapozentrale „Hotel Silber“ als authentische Dokumentationsstätte zum NS-Terror in Württemberg extreme Unterschiede deutlich geworden. Während sich die Landtagsabgeordnete Brigitte Lösch dafür eingesetzt hatte, widersprachen die Stadtabgeordneten Wölfle (zugleich Landtagsabgeordneter) und Kienzle nicht einer Darstellung der Stuttgarter Zeitung (10.04.2010), nach der die GRÜNEN „wenn es demnächst um das Baurecht am Karlsplatz geht, mit dem konservativen Flügel dafür stimmen, dass das Hotel Silber abgerissen“ wird. Es scheint so, dass diese beiden einflussreichen Stadtpolitiker eher der FDP-Position zuneigen, wonach ein „landesweites Dokumentationszentrum“ am authentischen Ort „eine Nummer zu groß“ sei, da sie bislang nicht einmal den Antrag der SPD öffentlich unterstützen, 2000 qm für ein Dokumentationszentrum vorzusehen. Der Erhalt des „Hotel Silber“ als lang ersehntes Signal einer Wende von Stadt und Land in Richtung eines sensibleren Umgangs mit den NS-Opfergruppen wäre möglich, wenn die GRÜNEN und die SPD so wie Die Linke und SÖS im Gemeinderat der noch erforderlichen Baugenehmigung nur unter einer entsprechenden Auflage zustimmen oder wenn das Land überraschenderweise seine Haltung in dieser Frage korrigieren würde.



So könnte es aussehen, wenn das „Hotel Silber“ (links in der Abbildung) in das Karlsplatz-Areal integriert und nicht abgerissen wird.

„Hearing in Sachen Hotel Silber“

Samstag, 17. Juli; 12 bis 17 Uhr im Rathaus, laden Stadt und Land zu einem Hearing in Sachen Hotel Silber ein. Fachleute aus dem In- und Ausland, aber auch die Initiative Gedenkort werden dabei zu Wort kommen. Das Ziel ist, ein Konzept für den künftigen Gedenk- und Lernort an der Stelle der ehemaligen Gestapo-Zentrale zu erarbeiten. Fest steht auch: Das Haus der Geschichte wird der Träger dieser neu zu schaffenden Einrichtung sein; museumspädagogisches Fachpersonal und ein Wissenschaftler werden zum Stammpersonal gehören. Die laufenden Kosten, die noch nicht beziffert sind, trägt das Land.

Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 19. Mai 2010